

30 Jahre -Konfliktkommissionen

HORST HEINTZE,

Mitglied des Zentralkomitees der SED,

Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB

Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen der DDR gestalten das Karl-Marx-Jahr 1983 zum Jahr der großen Initiative und des politischen Massenkampfes zur allseitigen Stärkung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht und des Friedens.

Das kommt in den hohen Zielen und den Ergebnissen des sozialistischen Wettbewerbs überzeugend zum Ausdruck. Sie sind ein klares Bekenntnis zur bewährten Politik der SED zum Wohle des Volkes und zur Sicherung des Friedens und bekunden die Entschlossenheit der Werktätigen, einen größeren Beitrag zur weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED zu leisten.

Die 5. Tagung des Zentralkomitees und das Referat des Genossen E. Honecker, vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED setzen dazu Maßstäbe. Auf ihrer Grundlage beschlossen Tausende Arbeitskollektive neue Wettbewerbsverpflichtungen, um mit hohem Leistungsanstieg zu sichern, daß der Volkswirtschaftsplan 1983 erfüllt und gezielt überboten wird. Dazu ist es unerlässlich, die ökonomische Strategie des X. Parteitages der SED umfassend zu verwirklichen und das Schrittmäß bei der Intensivierung der Produktion zu vergrößern.

Dabei stellt das Leben immer wieder neue Fragen, die es mit hohem Verantwortungsbewußtsein, mit Takt und Feingefühl zu beantworten gilt. Damit sind auch die Probleme zu klären, die im Zusammenhang mit der sozialistischen Rationalisierung und der Einführung neuer Technologien auftreten können. Das erfordert Achtung vor den Werktätigen und ihren Leistungen, ist Arbeit mit den Menschen und fester Bestandteil der täglichen Gewerkschaftsarbeit.

Die Rechtsarbeit hat darin einen festen Platz. Das zeigt die aktive Mitwirkung der Gewerkschaften an der Gestaltung der sozialistischen Rechtsordnung. So wurden seit dem Inkrafttreten des AGB unter aktiver Mitarbeit der Gewerkschaften fast 40 Rahmenkollektivverträge neu erarbeitet. Für etwa die Hälfte aller Werktätigen verbesserten sich dadurch die Arbeits- und Lohnbedingungen.

Mehr als 3 000 Rechtskommissionen und Hunderttausende ehrenamtliche Funktionäre in den Gewerkschaftsgruppen unterstützen die gewerkschaftlichen Vorstände und Leitungen, die durchschnittlich 2 500 Rechtskonferenzen im Jahr durchführen. Sie vermitteln Erfahrungen in der Rechtsarbeit und stellen unter Beweis, daß die Rechtssicherheit zu den kostbarsten Errungenschaften des Sozialismus gehört, die unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht gewährleistet.

Der sichere Schutz und die weitere Stärkung des Sozialismus erfordern es auch, die sozialistischen Beziehungen zwischen den Menschen zu festigen sowie jederzeit Recht, Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit zu gewährleisten.

Dazu ist es unerlässlich, wie Genosse E. Honecker vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED sagte, die Gesetze ausnahmslos und strikt einzuhalten, Konflikte, die zu Rechtsverletzungen führen, zu verhindern und nirgendwo herzloses und bürokratisches Verhalten zuzulassen. Wo es zur täglichen

Leitungstätigkeit gehört, daß die staatlichen Leiter in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit der Parteiorganisation und mit der Gewerkschaft schnell auf alles reagieren, was die Werktätigen bewegt, ihre Vorschläge, Hinweise und Kritiken ohne Zeitverzug prüfen und realisieren, dort entwickelt sich ein Klima, in dem Verantwortungsbewußtsein, schöpferisches Handeln und disziplinierte Arbeit gut gedeihen.¹

Die mit der Durchsetzung der ökonomischen Strategie des X. Parteitages der SED verstärkte sozialistische Rationalisierung, die Einführung der Mikroelektronik und Robotertechnik, die tief in die Arbeits- und Lebensgewohnheiten von Kollektiven und einzelnen Werktätigen eingreifen, erfordern, sich ihrer persönlichen Anliegen anzunehmen, die ökonomischen Prozesse mit ihnen gut vorzubereiten und alle auftretenden Probleme mit ihnen gemeinsam, also auf sozialistische Weise, zu lösen. Spielt doch der subjektive Faktor, die Verantwortung jedes Arbeitskollektivs, die Eigenverantwortung des einzelnen bei der weiteren Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse eine immer größere Rolle.²

Die Bewußtheit der Werktätigen, ihre Arbeitsdisziplin und ihre Einstellung zum sozialistischen Eigentum, ihr fundiertes politisches Wissen und fachliches Können werden — wie Genosse E. Honecker vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED betonte — immer mehr zu einer ausschlaggebenden Triebkraft für unser weiteres erfolgreiches Voranschreiten.

Dabei hat sich das Arbeitsgesetzbuch bewährt. In den fünf Jahren seines Wirkens im täglichen Leben erwies es sich mehr und mehr als mobilisierende Kraft, um die sozialistische Demokratie immer umfassender zu verwirklichen und den Werktätigen soziale Sicherheit zu garantieren. Immer besser gelang es, die leistungssteigernde und produktivitätsfördernde Wirkung des Arbeitsrechts für einen hohen volkswirtschaftlichen Leistungsanstieg zu nutzen. Noch nie zuvor gab es eine so enge Wechselwirkung zwischen der weiteren Qualifizierung des sozialistischen Wettbewerbs und der gewerkschaftlichen Arbeit mit dem sozialistischen Recht.

Viele Betriebe und Kombinate wie der VEB Numerik „Karl Marx“ Karl-Marx-Stadt, der VEB Braunkohlenkombinat Senftenberg, der VEB Lokomotivbau-Elektrotechnische-Werke „Hans Beimler“ Hennigsdorf u. a. beweisen mit konkreten Ergebnissen, daß sie die vielfältigen Möglichkeiten des sozialistischen Arbeitsrechts immer besser ausschöpfen und damit zu hohem ökonomischem Leistungsanstieg beitragen. Eine der Schlußfolgerungen, die aus der Rede des Genossen E. Honecker vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED zu ziehen ist, besteht darin, die Wechselwirkung zwischen Recht und Ökonomie noch stärker zu nutzen. Der Bundesvorstand des FDGB stellte daher auf seiner 4. Tagung am 14. März 1983 allen gewerkschaftlichen Leitungen und Vorständen die Aufgabe, das sozialistische Rechtsbewußtsein weiter auszuprägen, weil konkrete Rechterläuterungen, mehr Rechtskenntnisse und richtige Rechtsanwendung entscheidend das schöpferische Handeln und die Wettbewerbsleistungen beeinflussen.³

Die DDR hat wiederholt erklärt, daß in Fragen, in denen das Schicksal der Menschheit auf dem Spiel steht, nicht eigensüchtige Hegemonieinteressen einzelner maßgebend sein können, ob es zu fruchtbaren Verhandlungen kommt oder nicht. Die Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten, haben die Pflicht, nach Treu und Glauben dazu beizutragen, daß die gegenwärtige gefährliche Situation überwunden wird und die internationalen Beziehungen im Geiste der friedlichen Koexistenz gestaltet werden. Das entspricht der Verantwortung aller, Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft haben in der Prager Deklaration ihre Bereitschaft zu konstruktiver Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht. Den gemeinsamen Anstrengungen aller Friedenskräfte muß und wird es gelingen, Frieden und Entspannung zu sichern.

1 K. Marx, „Erste Adresse über den Deutsch-Französischen Krieg“, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 7.

2 Colin S. Gray, zitiert nach Washington Post vom 14. Mai 1982.

3 Thesen des Zentralkomitees der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983, Berlin 1982, S. 28.

4 Zitiert nach Stern (Hamburg) 1981, Nr. 43, S. 81.

4a CD/PV 139, S. 41.

5 Erklärung vom 1. Februar 1983, CD/PV 189, S. 16.

6 E. Honecker, „Über die nächsten Aufgaben der Partei bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED“, ND vom 19./20. Februar 1983, S. 1.

7 Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser vom 5. August 1963, in: Dokumente zur Abrüstung 1917-1976, Berlin 1978, S. 272 ff.

8 Insgesamt stimmten die USA bei 18 von 40 Resolutionen, die zur Abstimmung gestellt wurden, mit „Nein“. 12mal übten sie Stimmenthaltung.

9 „DDR tut alles, um Deklaration von Prag mit Leben zu erfüllen“, ND vom 12. Januar 1983, S. 1.

10 Vgl. New York Times vom 17. November 1982, S. 2.